

---

# Komplexe Freiheit

## Dispositive der Freiheit unter Bedingungen globaler Komplexität und Kontingenz

Helmut Willke

---

### Einleitung

Freiheit ist nur im Kontext von Gesellschaft als reale Freiheit möglich (MacCallum 1967, S.328).<sup>1</sup> Sie ist daher zwingend politisch begründete Freiheit, und sie wird durch die Teilnahme an der Demokratie wirksam (Badura 1987, S.193). Der Ruf nach Freiheit ist vermutlich so alt wie die Menschheit, aber Freiheit im Kantschen Sinne als selbstverantwortete Mündigkeit setzt Demokratie als gesellschaftlichen Kontext für Freiheit voraus. Deshalb erscheint es wenig sinnvoll, in archaischen, traditionellen, despotischen, theokratischen oder charismatisch geführten Gesellschaften von Freiheit zu reden. In global vernetzten Kontexten ist Freiheit heute darüber hinaus komplex verschachtelt und prekär. Der traditionelle Begriff von Freiheit als demokratische Selbstbestimmung wird mit einer gegenwärtigen Zukunft konfrontiert, die durch globale Vernetzung und radikale Digitalisierung geprägt ist. Anstatt – wie Höffe (2015) – Freiheit noch einmal optimistisch zu zelebrieren, geht es hier darum, die *Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit möglicher Freiheit* in globalen Netzen auszudenken, um auf dieser Basis eine neue Grammatik der Freiheit zu entwerfen.

Freiheit wird hier primär als politisch konstituierte und politisch garantierte Freiheit verstanden, welche die Grundlage für alle nachgeordneten „privaten“ Seiten von Freiheit darstellt. Zielpunkt der Überlegungen ist eine politische Theorie der Freiheit, die sich dezidiert von phänomenologischen oder philosophischen Individualkonzeptionen von Freiheit absetzt. Damit ist das hier zugrunde gelegte Freiheitskonzept eng an Demokratie als Steuerungsmodell moderner demokrati-

---

1 „One might suppose that, strictly speaking, a person could be free simpliciter only if there were no interference from which he was not free, and nothing that he was not free to do or become.“

scher Gesellschaften gebunden. Wenn Großereignisse wie die globale Finanzkrise, die arabische Revolution (Filiu 2015) oder das Management der Griechenlandkrise zeigen, dass Freiheit im Sinne demokratischer Selbstbestimmung in einigen Feldern nur noch pro forma gilt, dann ist die Frage unausweichlich, welche Zukunft der Freiheit bevorsteht. Der Schlachtruf „Enduring Freedom“ brachte für eine ganze Weltregion Chaos und Terror. Facebook und Google wetteifern darum, einem Milliardenpublikum das als grenzenlose Freiheit der Kommunikation zu suggerieren, was auf Entmündigung im Dschungel von Big Data hinausläuft. Den offiziellen Verteidigern der Freiheit in NSA und CIA gilt die Freiheit der anderen nichts.

Die tiefe Verwirrung um Freiheit beginnt aber schon früher und grundsätzlicher als Erosionsprozess der formalen Demokratie. Freiheit ist wie Demokratie an die Territorialität des Nationalstaates gebunden und beide zivilisatorischen Errungenschaften sehen sich von den technologischen Errungenschaften einer globalisierten Welt im Kern bedroht (Willke 2014). Es liegt auf der Hand, dass die Demokratie ins Trudeln gerät, wenn grundlegende Fragen nicht mehr in nationalen Parlamenten entschieden werden, sondern in internationalen oder transnationalen Institutionen/Organisationen. Demokratie ist erwiesenermaßen der beste Schutz substantieller Freiheit. *Gefährdungen der Demokratie sind damit Gefährdungen möglicher Freiheit.* Dabei ist vorausgesetzt, dass es sehr unterschiedliche Ausprägungen realer Demokratie gibt, und dass Selbstgefährdungen der Demokratie – z. B. durch eine „Diktatur der Mehrheit“ (Mill) – immer möglich sind. Eine erste Ebene der Analyse zielt daher darauf, den Zusammenhang zwischen einer Revision des Demokratiemodells unter Bedingungen globalisierter Kontexte und einer Revision des Freiheitskonzepts als Kernelement von Demokratie zu untersuchen.

Die Zukunft der Freiheit entscheidet sich aber nicht nur auf den Feldern Demokratie und Politik. Freiheit ist auch in – zunächst apolitischen – transnationalen Räumen und in globalen Netzen als Qualität einer umfassenden Lebenswelt relevant, aber faktisch ist sie dort bedrohter und prekärer, weil die etablierten Schutzmechanismen fehlen. Freiheit hängt hier von innovativen Formen des Schutzes ab, weil sie in globalen Kontexten von den ungezügelten Eigenlogiken der Funktionssysteme erdrückt wird. Ein Beispielsfall ist die Funktionslogik des globalen Finanzsystems, welches die Entscheidungsfreiheit auch noch der scheinbar mächtigsten nationalstaatlichen Regierungen drastisch beschränkt. Konkret wird dies bei „systemischen Risiken“, die Regierungen auch gegen ihren Willen zum Handeln und zu problematischen Rettungsaktionen zwingen; und konkret wird dies besonders im Fall der griechischen Schuldenkrise, die faktisch den Freiheitsgrad der griechischen Regierung drastisch reduziert. Die konkrete Forschungsfrage zielt auf die Verbindung von personaler und systemischer Freiheit, indem souveräne demokratische Entscheidungsfreiheit als kritische Dimension individueller Freiheit verstanden wird.

Dieser Aspekt verlässt die individuelle Ebene und zielt auf die systemische Ebene. Welche Veränderungen des Demokratiemodells sind unumgänglich, wenn demokratische Regierungen dem Druck globaler Funktionslogiken ausgeliefert sind? Sind lokale und nationale Freiheit noch von Bedeutung, wenn sie von globalen Zwängen eingeschnürt werden? Welche institutionellen Formen und Mechanismen des Schutzes systemischer Freiheit sind denkbar und plausibel? Aus einem komplexen Freiheitsbegriff zielt diese Dimension auf die Suprastruktur von Freiheit.

Zur Debatte steht demnach die Konstruktion eines komplexen Freiheitsbegriffs, der einerseits die gesellschaftliche (demokratische) Suprastruktur umfasst und andererseits die informationelle Tiefenstruktur der Individuen. Dieser Mehrebenen-Ansatz umfasst auf der transpersonalen Ebene ein mehrstufiges Sozialsystem, welches heute reale Wirkungen globaler Kontexte einschließt. Dieser Aspekt wird hier unter dem Begriff der Suprastrukturen der Freiheit zusammengefasst. Am Beispiel des globalen Finanzsystems soll dies verdeutlicht werden, indem einige Faktoren der Beeinträchtigung der Entscheidungsfreiheiten demokratischer Regierungen durch globale Zwänge thematisiert werden. Auf der individuellen Ebene beschreibe ich am Beispiel digitaler Datenströme die Bedeutung dieser Daten hinsichtlich der Gefährdung individueller Freiheitsräume. Dies ist ein wesentlicher Aspekt der Tiefenstrukturen der Freiheit. Der Begriff der Tiefenstruktur umfasst hier die mentalen und kognitiven Voraussetzungen für die tatsächliche Möglichkeit einer Person, Freiheitsräume wahrzunehmen. Insgesamt geht es um eine demokratietheoretisch fundierte Beschreibung der Gefährdungen politischer Freiheitsräume durch die Mängel, die ein klassisches Demokratiemodell in einer komplexen vernetzten Welt nicht vermeiden kann, und die daher im Interesse der Freiheit Modifikationen des Demokratiemodells erfordern.

Die explorative Studie zielt darauf, ein moralisch begründetes Freiheitskonzept durch eine „System-Ethik“ der Freiheit, eine komplexere Grammatik der Freiheit zu ersetzen. Dies schließt die personale Referenz ein (wie ein primär moralischer Begriff von Freiheit), geht aber deutlich darüber hinaus in Richtung auf einen komplexen Freiheitsbegriff, der die Operationslogik hochdifferenzierter Gesellschaftssysteme ernst nimmt. Die Zukunft der Freiheit könnte davon abhängen, so die hintergründige Leithypothese, dass eine Konzeption von Freiheit entwickelt wird, die sich in einer globalisierten Welt den Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit möglicher Freiheit stellt. Wenn daraus Optionen für dann doch mögliche Freiheitsräume entstehen, dann wäre dies Minimalvoraussetzung für eine plausible Beschreibung resilienter Freiheiten im Kontext globaler Abhängigkeiten.

## 1 Globalisierung als Begrenzung von Freiheit

Die Entgrenzung nationalstaatlicher Räume durch eine sich vertiefenden Globalisierung bringt paradoxerweise neuartige Begrenzungen der Freiheit. Während globale Konzerne sehr schnell die neuen Freiheitsräume für sich nutzten und mit globalen Lieferketten, globaler Vernetzung und umfassender Digitalisierung ihren Optionenraum vergrößern konnten, wurde der Optionenraum für die meisten Individuen intransparenter und durchsetzt mit undurchschaubaren Risiken. Das Kernrisiko sind die mit glänzenden Versprechungen und hohem sozialen Druck garnierten Einladungen, auf Momente von Freiheit und einzelne Verfügungsrechte vor allem über Daten zu verzichten, um an den globalen Netzwerken teilnehmen zu dürfen. Raffinesse und Risiko dieses neuen mephistophelischen Paktes können kaum überschätzt werden. Das freiheitsgefährdende Zusammenspiel von Globalisierung und Digitalisierung wird im nächsten Abschnitt ausführlicher behandelt. Hier geht es um eher verdeckte Wirkungen der Globalisierung, die zwar auch auf der Ebene des Individuums aufschlagen, aber den komplizierten Umweg über die nationalen Politiksysteme und ihre Bedeutung für den Schutz individueller Freiheiten nehmen.

Ausgangspunkt ist der empirisch gut abgesicherte Befund, dass die Demokratie als politische Herrschaftsform die zentrale Voraussetzung und die beste Form des Schutzes für individuelle Freiheitsräume darstellt. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass jede Beeinträchtigung der Demokratie eine Begrenzung und Beschneidung möglicher Freiheitsräume der Individuen mit sich bringt. Globale Zwänge – welcher Art auch immer – spielen daher eine entscheidende Rolle darin, auf dem Umweg über eine Beschneidung demokratischer Entscheidungskompetenzen den Spielraum demokratischer Partizipation, Mitsprache und Mitentscheidung der Bürger – und mithin ein Kernmoment demokratischer Freiheit – zu verringern und so Komponenten von Freiheit zu gefährden. Globale Zwänge werden zu Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit. Diese Zwänge lassen sich in drei Stufen der Steigerung beobachten: (1) als „Angebote“ internationaler Institutionen, welche die nationalen Parlamente nicht ablehnen können; (2) als „systemische Risiken“ aus dem unbegriffenen und ungesteuerten Operieren globaler Kontexte; und (3) als Zwangslagen globaler Problemzusammenhänge, welche die Steuerungskompetenz nationaler Parlamente überfordern.

Paradebeispiele der ersten Kategorie sind die „Angebote“ der Troika aus EZB, EU-Kommission und IWF (und inzwischen als viertem Mitglied der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM) an Griechenland während der sich hinziehenden Finanz-, Euro- und Staatsschuldenkrisen. Es geht hier nicht um die Problematik insgesamt, sondern um die Frage, welche hintergründige Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit damit gesetzt sind. Demokratie als Bedingung der

Möglichkeit von Freiheit verweist auf den komplizierten Zusammenhang zwischen einem individuell gedachten Freiheitsbegriff und dem gesellschaftlichen Kontext, innerhalb dessen eine solchermaßen individuell gemeinte Freiheit überhaupt möglich erscheint. Das im Frühjahr 2012 unterzeichnete „Memorandum of Understanding“ zwischen Griechenland, der Eurogruppe und dem IWF sieht Hilfszahlungen von 130 Milliarden Euro vor. Dies ist das massive „Angebot“, das Griechenland in seiner verzweifelten Lage in Sichtweite des Staatsbankrotts so gut wie nicht ablehnen kann. Griechenland verpflichtete sich im Gegenzug zu tiefgreifenden Reformen: Abbau der Staatsverschuldung bis 2020 auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung; innerhalb von zwei Jahren sollen 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) eingespart werden; Reform des Rentensystems; Kürzung von 150 000 Stellen im öffentlichen Dienst; Vereinfachung des Steuersystems und Abschaffung von Subventionen und manchen Privilegien; Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben auf unter sechs Prozent des BIP; Senkung der Mindestlöhne um 22 Prozent und Aussetzung der automatischen Lohnzuwächse; weitere Liberalisierung des Marktes sowie weitere Privatisierung von Staatsbetrieben und Einrichtungen (Tsianos und Parsanoglou 2012, S. 9). Mit jedem einzelnen Punkt sind relevante Politikfelder angesprochen, in denen Entscheidungen und Gesetze des Parlamentes repräsentativ den souveränen Volkswillen ausdrücken. Der souveräne Volkswille ist die Aggregation der individuellen Entscheidungen der Bürger in den jeweiligen Fragen, die im Parlament aus dem „*volonté de tous*“ den „*volonté générale*“ herstellen.

Wird nun das Parlament faktisch zu bestimmten Entscheidungen gezwungen, wenn auch nur, um damit größeren Schaden abzuwenden, dann bricht mit dem Souveränitätsanspruch des politischen Systems insgesamt auch das zusammen, was Souveränität als Raum freier kollektiver Entscheidung konstituiert – nämlich individuelle Freiheit als Kompetenz autonomer Entscheidungsfindung. Offe sieht zwar das Dilemma: „Wenn man Griechenland und Deutschland, um die beiden Extremfälle zu nennen, in eine Währungsunion steckt, setzt man den ärmeren, weniger produktiven Partner – den, der die höheren Lohnstückkosten hat und daher in seinem Außenhandel weniger wettbewerbsfähig ist – gewaltigen wirtschaftlichen Zwängen aus“ (Offe 2013, S. 68). Aber er konfiguriert das Problem einseitig als polit-ökonomische Krise und sucht Auswege in einer eher weltfremden Kapitalismuskritik. Dem gegenüber argumentiere ich, dass das gewichtigere Problem darin liegt, dass die polit-ökonomischen Zwänge der Euro- und Staatsschuldenkrise (nicht nur im Fall Griechenland, sondern prinzipiell ähnlich auch in den Fällen Italien, Spanien oder Portugal) institutionell auf den Gehalt der Demokratie und individuell auf Optionsräume von Freiheit durchschlagen, und somit ökonomische Lösungen keinesfalls ausreichen.

Das zentrale Beispiel der zweiten Kategorie globaler Zwänge, die sich auf die Freiheit nationaler Entscheidungsinstanzen auswirken, sind die systemischen Risiken, welche die globale Finanzkrise der Jahre 2008 ff. ausgelöst haben. Ebenso deutlich wie in der ersten Kategorie von Zwängen geht es bei systemischen Risiken um eine eigenartige Verknüpfung von aus dem Ruder laufenden ökonomisch-finanziellen Dynamiken mit nicht-intendierten und nicht vorhergesehenen politischen Konsequenzen. Im Kern geschieht etwas Ungeheuerliches: Das Finanzsystem zwingt das politische System zu einer großformatigen Rettungsaktion, in welcher mit Milliarden öffentlicher Gelder Finanzfirmen gerettet werden, die aufgrund verantwortungsloser Klumpen- und Großrisiken insolvent zu werden drohen (Willke et al. 2013). Sind die Risiken und Schulden einer Finanzfirma nur groß genug, dann kann sie damit drohen, dass aufgrund der intensiven und unüberschaubaren Vernetzung und Interdependenz der Finanzfirmen nicht nur sie selbst untergeht, sondern mit ihr ein nationales oder gar das globale Finanzsystem insgesamt bedroht ist. Präzise mit dieser Argumentationsfigur – *„too big to fail“* – wurde im Herbst 2008 die amerikanische Politik von „13 Bankers“ (Johnson und Kwak 2011) dazu erpresst, mit einem Volumen von siebenhundert Milliarden Dollar an öffentlichen Geldern die Versicherungsgesellschaft AIG und weitere bedrohte Banken und Finanzfirmen vor dem Kollaps zu bewahren.

Nicht nur finanziell/fiskalisch, sondern vor allem demokratietheoretisch ist dieses Muster hochgradig problematisch. Damit sind wir bei der dritten Kategorie von Zwangslagen, welche Freiheits- und Autonomiegrade demokratischen Entscheidens beschneiden. Denn damit werden die Entscheidungsfreiheiten der nationalen Parlamente und Regierungen gerade bei solchen Themen ausgehebelt, die von großer Bedeutung und mit massiven Konsequenzen verbunden sind. Systemische Risiken sind nicht nur im globalen Finanzsystem beobachtbar, sondern sie schleichen sich in die Operationsmodi der lateralen Weltsysteme ein – als unbeherrschbare Risiken der Migration, der Atomenergie, des Klimawandels, des globalisierten Terrors etc. –, indem zum einen ihr globaler Entstehungszusammenhang die Steuerungsreichweite und Steuerungskompetenz der Nationalstaaten überschreitet, und zum anderen indem aus der globalen Vernetzung und Koppelung komplexer Kausalmuster völlig neue „emergente“ Eigenschaften entstehen, angesichts derer die herkömmlichen Risikomodelle und Regulierungsformen unterkomplex und ungeeignet sind. Wenn solche neuen emergenten Eigenschaften zu systemischen Risiken führen, dann ist der institutionelle Freiheitsraum der Demokratie beeinträchtigt. Denn durch solche Risiken werden die im Prinzip souveränen Instanzen der Demokratie im Interesse der Stabilisierung des Systems zu Entscheidungen gezwungen, die sie ansonsten (im „Normalfall“) ablehnen müssten.

Die Annahme systemischer Risiken, die direkt auf Grenzen von Governance und politischer Steuerung zielt, hat zunächst nichts mit systemtheoretischen Grundannahmen zu tun, vielmehr ist sie schlicht von einer überwältigenden empirischen Evidenz diktiert. Gerade drängendste politische Probleme wie Ungleichheit der Vermögensverteilung, Gleichbehandlung von Frauen, Umweltzerstörung, Klimawandel, Drogenkriminalität, Energiewende, Armut, Finanzkrise, Terrorismus, öffentliche Verschuldung etc. widerstehen nachhaltig den verschiedensten Ansätzen und Versuchen der nationalstaatlichen Steuerung und befördern Fehlentwicklungen, die zur Herausbildung systemischer Risiken führen.

Warum ist das so? Bei der Beantwortung dieser Frage unterscheiden sich die Geister und die Theorien. Herkömmliche Handlungs- und Akteurstheorien kleben gewissermaßen mit der Nase an den konkreten Ereignissen. Sie können zwar die Beweggründe einzelner Akteure und ihre Handlungskonstellationen beschreiben, aber sie sehen den Wald vor lauter Bäumen nicht. Damit sind sie nicht wertlos, aber wenn man am ‚Wald‘ interessiert ist, das heißt, an den Zusammenhängen und Systemlogiken, welche erst bestimmte Handlungen hervorbringen, dann ist ein ganz anderer Ansatz unabdingbar. Es ist ein Ansatz erforderlich, der in der Lage ist, die gesamtheitliche Systemlogik und die übergreifende, die einzelnen Komponenten und Elemente in ihrem Zusammenspiel Ernst nehmende Operationsform eines komplexen dynamischen Systems zu analysieren und plausibel zu beschreiben. Ein systemtheoretischer Ansatz ist dazu sicherlich besser geeignet als jede handlungstheoretische Konzeption. Wenn für Parlamente und Regierungen ein adäquater Freiheitsbegriff meint, dass sie Handlungs- und Entscheidungsspielräume haben und nutzen können, und nicht von externen Akteuren, Interessen und Dynamiken zu bestimmten Entscheidungen gezwungen werden, dann ist eine Konzeption von Freiheit wertlos, die diesen systemübergreifenden Dynamiken nicht auf die Spur kommt und sie nicht als Bedrohungen von Freiheit ernst nimmt.

In demokratiethoretischer Sicht, und insbesondere mit Blick auf den implizierten Freiheitsbegriff, ist das Steuerungsproblem brisant, weil die Kunst der Systemsteuerung sich in einem erbärmlichen Zustand befindet und weil zugleich die Dringlichkeit praktischer Steuerungsprobleme wächst. Substantielle Beeinträchtigungen demokratischer Steuerungs- und Entscheidungsfähigkeiten schlagen aufgrund des engen Zusammenhangs von Demokratie und Freiheit direkt auf die Konstellationen realer Freiheitsräume durch. Ob Familiensysteme, Organisationen oder Gesellschaften, ob Kommunen, gesellschaftliche Funktionssysteme oder globale Kontexte – auf jeder nur denkbaren Ebene nehmen die Steuerungsprobleme zu, und die Steuerungskapazitäten können nicht Schritt halten. Jüngste Krisen wie die globale Finanzkrise, die Euro-Krise, die Migrationskrise oder die der „Arabischen Revolution“ folgenden Krisen der nordafrikanischen Länder zeigen auf

internationaler Ebene, wie schwierig die Steuerung komplexer Probleme ist, und wie schnell und nachhaltig die Steuerungsdefizite den Entscheidungsfreiraum der Demokratie beeinträchtigen. Solange Analyse und Krisenmanagement nur auf die Elemente und Einzelteile starren und die Dynamik systemischer Zusammenhänge dabei aus den Augen verlieren, ist eine Verbesserung politischer Steuerung und Regulierung kaum zu erwarten.

In der politischen Realität war Freiheit immer eingebunden in einen Kontext komplementärer Werte und Relevanzen. So forderte die Französische Revolution eben nicht nur Freiheit, sondern Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, und postulierte damit gleich zwei kategoriale Begrenzungen möglicher Freiheit. Moderne Verfassungen ersetzen den Begriff der Brüderlichkeit durch Sozialität, und behalten dieselbe Stoßrichtung bei: Freiheit setzt, neben dem schwierigen Korrektiv der Gleichheit, eine Rücksichtnahme auf mögliche Gesellschaft voraus, weil Freiheit nur in Gesellschaft möglich erscheint.

Dieses für die demokratischen Nationalstaaten etablierte und erprobte Gefüge ändert sich nun grundlegend durch eine dichter werdende Globalisierung. Die gleiche Freiheit der Anderen, die sich bislang auf einen kulturell homogenen nationalstaatlichen Kontext bezog, wird durch eine Fülle an Heterogenität, Diversität, Differenz und Diffusion kompliziert und unübersichtlich. Die Entgrenzung der Kriterien für gleiche Freiheit schlägt um in eine Begrenzung möglicher Freiheitsräume durch eine Vielfalt von Ansprüchen an gleiche Freiheit der Anderen. Ein Beispiel ist die steigende Dichte an Regeln, Regulierungen und Normierungen durch internationale, transnationale und globale Institutionen, die mit zunehmender globaler Verflechtung unvermeidlich ist, weil unterschiedliche Traditionen, Kulturen, Rechtssysteme, Norm- und Wertvorstellungen etc. in ein komplexes Gesamtgefüge zusammengeführt werden müssen.

Eine wichtige Stellgröße für den Raum möglicher Freiheit ist seit langem das Prinzip der Subsidiarität. Dass Freiheit dort am ausgeprägtesten sein kann und soll, wo die eigene Verantwortung greift und ausreicht, erscheint ebenso plausibel wie die Gegenseite: dass nämlich Freiheitsräume begrenzter werden müssen, wenn zur Lösung der anstehenden Aufgaben die Mitwirkung und Mitverantwortung weiterer „sozialer Kreise“ unabdingbar ist. Der Föderalismus als Komplementärformel zur Subsidiarität zeigt dann den stufenweisen Aufbau einer gesellschaftlichen und politischen Ordnungsform, die Freiheitsräume mit Verantwortungsdimensionen korreliert. Dieses Mehrebenensystem nationalstaatlicher Organisation wird durch Globalisierung erheblich erweitert. Dem entspricht, dass eine Fülle drängender Probleme – von Migration über Terrorismus oder Pandemien bis Klimawandel – auf globalen Zusammenhängen beruht und nur noch auf globaler Ebene und mit globaler Kooperation sinnvoll angegangen werden kann. Es liegt dann auf der Hand,



dass mit der Verlagerung von Verantwortlichkeiten und Handlungskompetenzen auf eine weitere und weiter entfernte Ebene die Freiheitsoptionen auf der Ebene der Individuen eingeschränkt werden. Globalisierung verändert die Bedingungen der Möglichkeit von Sozialität im Sinne geordneter Gesellschaft. Wird Freiheit verstanden als eingebettet und mithin bedingt durch die Voraussetzungen geordneter Gesellschaft – das, was in alter Begrifflichkeit ‚Brüderlichkeit‘ hieß –, dann erweitert Globalisierung mit den Optionen auch die Beschränkungen möglicher Freiheit. Ein konkreter Ausdruck dessen sind zum Beispiel die Grenzen, die inländische Firmen mit globalen Produktions- und Lieferketten darin erfahren, wie sie die Vertragsbeziehungen mit Zulieferern gestalten. Sie können z.B. die Verantwortung für Produktionsbedingungen oder Produktsicherheit nicht mehr auf ihre ausländischen Vertragspartner abwälzen, wenn diese unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten lassen, sondern sie müssen auch bei ihren Vertragspartnern für einigermaßen humane Arbeitsbedingungen sorgen. Eine globale „*corporate social responsibility*“ (Scherer und Palazzo 2007, 2008) ist Ausdruck einer Beschränkung von Freiheitsräumen im Interesse einer nun nicht mehr nur national, sondern global verstandenen wohlgeordneten Sozialität.

Auf der Ebene der Beziehungen zwischen Nationen ist längst schon unterwegs, was man eine Bewegung von Unabhängigkeit – Paradigma: „*Declaration of Independence*“ – zu Interdependenz nennen könnte. Wechselseitige Abhängigkeit ist nicht nur Gebot, sondern unvermeidbare Folge globaler Verflechtungen. Parallel dazu ist auf der Ebene von Personen die Komponente von Freiheit, die sich in Unabhängigkeit ausdrückt, nun eingewoben in ein dichtes Netz unvermeidbarer Abhängigkeiten. Sicherlich gab es Abhängigkeiten zur Genüge auch schon früher, aber mit einer sich vertiefenden Globalisierung wachsen den Personen die globalen Interdependenzen über den Kopf. Sie sind schwer verstehbar, oft nicht direkt spürbar und führen so zu einem diffusen Gefühl des Freiheitsverlustes gegenüber anonymen Mächten – seien dies globale Finanz- und Wirtschaftskrisen, Klimakatastrophen oder auch „nur“ die Verwüstung von Urlaubsdestinationen durch Terrorismus.

Interdependenz war immer schon eine der klarsten Bedingungen möglicher Freiheit, solange Freiheit richtigerweise nicht als absolute und unbedingte gedacht war. Dennoch hat sich mit der Unsichtbarkeit globaler Interdependenzen Grundlegendes geändert. Sie wird von einer Bedingung möglicher Freiheit zu einer Bedingung der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit. Diese einschneidende Umkehrung der Verhältnisse für Freiheit kommt erst gar nicht in Sicht, solange der Beobachtungshorizont auf die klassische Perspektive von Nationalstaat, Demokratie und Verfassungsrecht beschränkt bleibt. Einer globalisierten und digital vernetzten Welt ist die klassische Perspektive nicht mehr angemessen, und sie reicht für die neue Welt nicht mehr aus. Die Bedrohungen und Einschränkungen

möglicher Freiheit sind nun massiver und subtiler zugleich. So wie die Welt vor prinzipiell unlösbaren – bestenfalls managbaren – Problemen steht („*wicked problems*“), so ist das Problem der Freiheit in dieser Welt prinzipiell unlösbar und bestenfalls im Sinne eines Managements der Faktoren der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit behandelbar. Für die Forschung heißt dies nach meinem Argument, dass es primär darum geht, in einer hochgradig komplexen und vernetzten Welt die Unwahrscheinlichkeit von Freiheit als Nullhypothese zu akzeptieren, nach Bedingungen dieser Unwahrscheinlichkeit zu fragen und auf dieser Basis die Konturen eines komplexen Freiheitsbegriffs und einer fragmentierten, aber resilienten Freiheit zu erforschen.

---

## 2 Digitalisierung als Entgrenzung von Freiheit

Möglicherweise spielt sich das Drama der Zukunft der Freiheit primär auf einer ganz anderen Ebene ab, als dies das konventionelle Denken annimmt. Nationale und transnationale Kontexte waren immer schon prägende Parameter möglicher Freiheit, daran hat sich noch nichts Grundlegendes geändert. Mit der flächendeckenden Relevanz digitaler globaler Netze aber ändern sich nun die Konstellationen für die Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit. Wenn private Firmen wie Google, Facebook, Netflix, Microsoft, Intel, Amazon oder Alibaba den globalen digitalen Raum beherrschen und nach ihren Geschäftszielen organisieren, dann wäre Freiheit im klassischen Sinne nur durch eine massive Gegenbewegung zu retten, eine Gegenbewegung, die allerdings bislang nur in minimalen Ansätzen erkennbar ist. Denkbar aber ist, dass es hier nicht mehr um klassische Freiheiten geht, sondern um ein Zwitterwesen aus Befreiung und tolerierter Unfreiheit. Tatsächlich findet in den digitalen Netzen auch Befreiung statt, mit Open Access, Open Data und Open Government eine Befreiung von der Vormundschaft öffentlicher Verwaltung und hoheitlicher Politik, weit darüber hinaus aber eine Befreiung aus nationalen Borniertheiten, aus den Kontrollen von Moral, Familie und Religion, eine Befreiung aus der Enge der Schulen, Ideologien und dominanten Paradigmen.

Die Währung, in der die neuen Freiheiten bezahlt werden, ist tolerierte Unfreiheit. Als Nutzer unterwerfe ich mich den Bedingungen der Netze (häufig unter Anklicken von 100-seitigen ‚Geschäftsbedingungen‘, die niemand liest). Ich willige in eine anonyme und intransparente Nutzung meiner persönlichen Daten ein, von *social media* bis zu *predictive body policing* (Mathew 2014), um Zugang zu den Netzen und ihren Leistungen zu bekommen – und die Idee der Post-Privacy macht den Vorgang schmerzlos. Dabei wird das Spektrum persönlicher Daten immer

umfassender und schließt Aktivitätsdaten, Bewegungsdaten, Transaktionsdaten, Gesundheitsdaten, Konsumdaten und vieles mehr mit ein. Aus einem komplexen Freiheitsbegriff zielt diese Dimension auf die Infrastruktur von Freiheit: In welchem Sinn und in welchem Ausmaß unterminieren die Ströme von Mikrodaten die Freiheitsräume von Individuen? Wie gestalten sich die Kosen-Nutzen-Rechnungen der Preisgabe von Daten und Freiheitsräumen? Welche Akteurs- und Interessenkonstellationen stehen hinter dem Datenhunger der globalen Netze, und welche (Un-) Freiheitskonzeptionen scheinen dahinter auf?

Dabei soll nicht unterschlagen werden, dass die globale digitale Vernetzung auch neue Freiheitsdispositive eröffnet. Die klassische Figur des Weltbürgers bekommt eine infrastrukturelle Fundierung. Jedenfalls im Prinzip wachsen die Wahlmöglichkeiten und der Optionenreichtum ins Unermessliche. Die Bibliotheken der Welt stehen in digitaler Form für jeden offen, der einen Internetzugang hat – und dieser Zugang ist zunehmend öffentlich und flächendeckend möglich. Bildungsangebote von Wikipedia bis MOOCs (Massive Open Online Courses) entgrenzen den Zugang zu Daten und Informationen. Unzählige Interessen- und Aktionsgruppen bieten aktive Partizipationsmöglichkeiten, wo bislang Transaktionskosten dies verhindert haben. Soziale Medien bieten nahezu grenzenlose Ausdrucks- und Meinungsäußerungsmöglichkeiten in einem globalen Maßstab.

Die Erfindung der Druckerpresse durch Gutenberg im Jahre 1450 war die Initialzündung eines bis heute andauernden Prozesses der Entgrenzung von Texten – und mithin der Entgrenzung des Zugangs zu vergangenen und laufenden Kommunikationen. Die Erfindung der Digitalisierung und digitaler Netze erweitert diese Entgrenzung ins global Atopische (Willke 2001) und Simultane. Die Konsequenzen für Bedingungen der Möglichkeit und Unwahrscheinlichkeit von Freiheit sind schwer zu beurteilen. Wenn die Druckerpresse die Möglichkeiten für Dissens und Widerspruch explodieren ließ, weil nun nicht mehr nur die Mönche das Geschriebene vorschreiben konnten, dann läuft heute der Prozess bereits, in dem globale digitale Netze Dissens und Widerspruch ins Dystopische (Willke 2002) steigern. Ob sich gleichzeitig neue Freiheitsoptionen und Dispositive möglicher Freiheit entwickeln, ist offen.

Ein für die Konzeption von Freiheit relevanter Fall ist Open Government. Grundidee von Open Government ist es, Regierung und Verwaltung offener, partizipativer, transparenter, kollaborativer und effektiver zu machen (Obama 2009). Allerdings ist dies weder in den USA gelungen, noch ist die Konzeption etwa in Deutschland weit über die Frage des Managements öffentlicher Daten hinausgekommen. Das Bundesinnenministerium hat 2012 eine Studie von 572 Seiten zu „Open Government Data Deutschland“ (Kleswsmann u. a. 2012) erstellen lassen, und geradezu flächendeckend alle relevanten Punkte des Managements

von Open Data zusammengetragen, ohne zu einer Einschätzung der Relevanz von Open Data für ein Konzept von Freiheit in der digitalen Demokratie zu gelangen. Dabei eröffnen Open Data und Open Government zunächst Möglichkeiten eines entgrenzten Zugangs zu Daten und Informationen, und damit potentiell Beteiligungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten, die den Freiheitsraum ausweiten. Wie bei jeder technischen Innovation, kann allerdings die Wirkung auch genau gegenteilig sein, indem Open Data den Herren der Daten ermöglicht, diejenigen zur Verfügung zu stellen, die ihnen genehm sind und die der Manipulierung der Bevölkerung dienlich sein können.

In demokratischen politischen Systemen sind hier zumindest einige Sicherungen vorgesehen, auch wenn in dieser Hinsicht seit den Snowden-Enthüllungen und den Veröffentlichungen von Wikileaks das Vertrauen nachhaltig erschüttert ist. Gegenüber den globalen digitalen Netzen der Internet-Konzerne gab es nie einen Grund für Vertrauen, dagegen viele Gründe dafür, von einer eher hemmungslosen Nutzung der User-Daten auszugehen. In den kunstvollen digitalen Repräsentationen individueller Identitäten muss denn auch der Kern der Entgrenzung persönlicher Freiheit durch ein immer dichter zugreifendes Netz digitaler Spuren und deren Nutzung durch Big-Data-Algorithmen gesehen werden. Wenn über Bewegungs- und Aktivitätsdaten immer präzisere Verhaltensprofile erstellt und für Verhaltensvoraussagen und „Anregungen“ („*nudging*“) genutzt werden können, dann engt dies Freiheitsräume ganz konkret ein, selbst wenn durch Nutzung der Netze eine implizite Zustimmung zur Datenverfolgung und zum „Monitoring“ gegeben wurde.

Dieses Paradox eines nahezu unmerklichen freiwilligen Verzichts auf Freiheitsmomente ist der Kern der digitalen Bedrohung von Freiheit. Unmerklich ist dieser Verzicht, weil er in kleiner inkrementaler Dosierung daherkommt, sich aber eher über kurz als über lang zu einer frappierenden Durchsichtigkeit der Person auswächst. Durchsichtig werden Personen für interessierte Konzerne, Regierungen, Geheimdienste, aber auch für soziale und professionelle Netzwerke, hinsichtlich ihrer Bewegungsmuster, Präferenzen, Motivstrukturen, Konsumverhalten und weitere Momente, die insgesamt eine indirekte, ebenfalls nahezu unmerkliche Steuerung, oder jedenfalls Beeinflussung, dieser Personen zulassen und so ihre „Souveränität in Zeiten der Globalisierung“ (Höffe) einschränken. An dieser schleichenden Untergrabung von Freiheitsräumen zeigt sich, dass ein individualistisches Freiheitskonzept, wie es Höffe feiert, wenig geeignet ist, den neuen Gefährdungen der Freiheit auf die Spur zu kommen. Was sich ändert, ist nicht der Mensch als Subjekt der Freiheit, sondern die gesellschaftlichen und technologischen Kontextfaktoren, welche die Bedingungen möglicher Freiheit und der Unwahrscheinlichkeit gelingender Freiheit konstituieren. Je hintergründiger, verdeckter und auch entfernter diese Kontextfaktoren wirken, desto unbedenklicher scheint es für Personen zu

sein, sich auf Tauschgeschäfte zuungunsten ihrer Freiheitsräume einzulassen. An die Stelle einer „*road to serfdom*“, wie Friedrich v. Hayek sie noch beschrieb (Hayek 1944), geht es nun um eine „*road to servedom*“ auf welcher die Verlockungen der als unverzichtbar perzipierten Dienste (*services*) es als gerechtfertigt erscheinen lassen, dafür mit Freiheitsverzichten zu bezahlen. In dem Maße wie diese Dienste unverzichtbar, normalisiert und ubiquitär sich darstellen und erweisen, von Office-Programmen und e-mail über Facebook bis zu Amazon oder Flickr, wird ebenso normalisiert und ubiquitär, dass unter diesen Kautelen Freiheit nicht mehr möglich ist, sondern nur noch unter Bedingungen freiwilliger Einschränkung der Grad der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit justierbar erscheint.

Wenn dies als Nullhypothese eines Konzepts komplexer Freiheit plausibel ist, was wären dann die Leitlinien einer angemessenen Beschreibung des Geflechts unwahrscheinlicher Freiheit und Möglichkeitsdimensionen resilienter Freiheit?

---

### 3 Eine neue Grammatik der Freiheit

Die zentralen Konstruktionsbedingungen eines brauchbaren Freiheitsbegriffs sind Komplexität, Kontingenz und Resilienz. Komplexität und Kontingenz definieren den Rahmen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit. Sie öffnen komplementär dazu die Räume verborgener und subkutaner Subversionen der Unfreiheit, und in diesem Sinne verbliebener Möglichkeiten von Freiheiten, wenn ihre Zähmung in Formen des Komplexitätsmanagements und der Kontingenzzkontrolle gelingt. Resilienz schließlich übernimmt die Rolle einer immer prekären Vermittlung zwischen übermächtig erscheinenden Restriktionen einerseits und den genau dadurch provozierten Widerständen gegen eine Übermächtigung durch Proponenten der Unfreiheit.

Das dominante Charakteristikum einer neuen Grammatik der Freiheit ist Komplexität, nicht nur, weil Freiheit als Konzeption von den Idyllen des 19. Jahrhunderts und den Kantschen Antinomien der Freiheit in die zerrissene und globalisierte Welt des 21. Jahrhunderts zu transponieren ist, sondern primär, weil das 20. Jahrhundert mit zwei Weltkriegen, Faschismus, Stalinismus und der Geburt eines globalisierten fundamentalistischen Terrors ein solches Übermaß an Negation von Freiheit hervorgebracht hat, dass es geradezu zynisch erscheinen muss, weiterhin einfach von Freiheit *writ large* zu reden.

Nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts hilft nichts darüber hinweg, dass Freiheit brüchig, widersprüchlich, inkonsistent, ambivalent, angezweifelt und umstritten ist, und in der Welt vieler Entwicklungsländer als zynisches Danaer-

geschenk der westlichen Hegemonien angesehen wird. China im Besonderen, aber auch Russland oder Brasilien lassen keinen Zweifel daran, dass Entwicklung, Prosperität und Wettbewerbsfähigkeit wichtiger sind als Freiheit oder Demokratie (pewglobal 2015). Diese Positionen führen noch einmal vor Augen, dass Freiheit weder absolut noch unbestritten ist, sondern als komplexes Gefüge ihrerseits in vielschichtigen Wechselbeziehungen zu anderen Werten und Präferenzen steht. In der vor allem von John Locke geprägten Tradition (Locke 1690) umfasst Freiheit die drei konstitutiven Komponenten der Willensfreiheit, der Entscheidungsfreiheit und der Handlungsfreiheit (Locke 1690, Buch II, Kap. 21, Abschn. 27).<sup>2</sup> Das Grundmodell ist wenig überraschend, weil ein Mensch willensfähig sein muss, um Freiheit ausüben zu können, er oder sie muss zwischen verschiedenen Optionen wählen und mithin sich für eine Option entscheiden können, und diese Entscheidung muss in Handlungen umgesetzt werden können, weil sie sonst virtuell und folgenlos bleibt.

Auffällig ist in dieser Konstruktion der alleinige Fokus auf die Person. Das ist historisch verständlich, weil Locke das Individuum geradezu erfinden und verteidigen musste gegenüber der Dominanz der *Anciens Régimes* von Kirche und Absolutismus. Heute bedrängen die *Nouveaux Régimes* einer globalisierten und hyperkomplexen Welt dieses Individuum in vergleichbar dominanter Weise, allerdings unvergleichlich versteckter und indirekter. Die klassische Bedrohung von Freiheit ist Zwang, letztlich ausgeübt durch den Einsatz physischer Gewalt. Die moderne Bedrohung von Freiheit dagegen ist *Manipulation*, letztlich ausgeübt durch anonyme Systemzwänge und scheinbar alternativlose Operationslogiken, und ausgeübt in Formen, die möglichst unbemerkt und verdeckt wirken. Dahinter steht eine lange historische Entwicklung, die vor allem der Idee der Demokratie geschuldet ist, und die den Einsatz nicht legitimer physischer Gewalt als unzulässig erklärt und mit dem staatlichen Gewaltmonopol das entscheidende Bollwerk gegen Unfreiheit setzt. Es ist wichtig zu sehen, dass die neuen Bedrohungen der Freiheit erst vor dem Hintergrund einer (durch die Etablierung der Demokratie) prinzipiell gelungenen Sicherung der klassischen Freiheit verständlich werden. Auch wenn diese Sicherung natürlich nicht lückenlos und in vielen Teilen der Welt noch weit von der Realisierung entfernt ist (Pettit 2015), gilt für etablierte demokratische Gesellschaften doch das Prinzip einer funktionierenden Garantie personaler Freiheit. Diese Freiheit ist durch ein elaboriertes Rechts- und Justizsystem weitreichend geschützt. Nimmt man dies zur Kenntnis, dann erscheint es als etwas müßig und antiquiert, heute in Theorien der Freiheit vorrangig auf diese Seite der Freiheit abzustellen. Wohlgemerkt: Dies

---

2 „Somit besteht die Freiheit also darin, dass wir imstande sind, zu handeln oder nicht zu handeln, je nachdem wie wir wählen oder wollen.“

bedeutet keineswegs eine Geringschätzung dieser Seite, sondern verweist auf die Sorge, dass darüber die neuen Bedrohungen übersehen werden. Paradoxerweise macht es die Errungenschaft der weitgehenden Sicherung klassischer Freiheit in der Demokratie schwieriger, die neuen Bedrohungen der Freiheit angemessen zu sehen und in den Freiheitsbegriff einzubauen.

Die vermutlich umfassendste neue Bedrohung von Freiheit folgt aus Komplexität. Komplexität, definiert als der Grad der Vielschichtigkeit, Vernetzung und Folgenlastigkeit eines Entscheidungsfeldes, ist eines der konstituierenden Merkmale einer Gegenwart, die sich von den einfachen und klaren Gewissheiten immer weiter entfernt, die einmal Tradition, Religion, Moral, Kultur und Sozialisation vermittelt haben. Die „langen Handlungsketten“, die Simmel und Elias bereits als Moment des Prozesses der Modernität ausgemacht haben (Simmel 1917, S. 50 ff.; Elias 1977, S. 217 ff.), expandieren mit Globalisierung und Digitalisierung ins Uferlose. Unter jeder Oberfläche verbergen sich Tiefenstrukturen verwickelter Zusammenhänge, Rückkopplungen, Nebenwirkungen und nicht-intendierten Folgen, die nicht nur eine „neue Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985) erzeugen, sondern die Intransparenz der Systeme und ihrer Verhältnisse zur Rahmenbedingung allen Handelns und Entscheidens machen. Diese Intransparenz beruht im Kern auf Nichtwissen. Sobald für Menschen Handlungen und Entscheidungen anstehen, die über die vertraute Nahumwelt hinausreichen, sehen sie sich mit einem schwarzen Loch des Nichtwissens konfrontiert, weil es ausgeschlossen ist, dass sie sich in den Myriaden von komplizierten und komplexen Themen, Problemen, Technologien, Produkten etc. auch nur einigermaßen auskennen können, von den damit verbundenen Konzeptionen, Paradigmen, Bedingungsbeziehungen oder Folgewirkungen ganz zu schweigen. In einer hochgradig arbeitsteiligen, spezialisierten und professionalisierten Welt sind alle Menschen in den meisten Hinsichten Laien und, bestenfalls, in einigen wenigen Themen soweit kompetent, dass sie urteilen können. Dies fängt beim Frühstück an: Wenn es hundert Joghurtvarianten gibt, und alle unterschiedliche Nährstoffe, Schadstoffe, Zusatzstoffe, Allergene etc. beinhalten, und ich keine Ahnung haben kann, ob sie dick oder dünn machen, gesund oder krank, in Kombination mit anderen Lebensmitteln gut oder riskant sind, dann hilft nur noch ein „Lob der Routine“ (Luhmann 1964) oder ein Entscheiden durch Nichtentscheiden. So banal das Beispiel ist, so klar belegt es doch das Prinzip: Der *Standardmodus* des postmodernen Lebens ist Nichtwissen, und mit jeder neuen Expertise und mit jedem neuen Wissen nimmt auch das Nichtwissen zu.

Die Normalität des Nichtwissens ist folgenreich für den Freiheitsbegriff. Die erste fundierende Komponente des klassischen Freiheitsbegriffs, die *Willensfreiheit*, ist von Nichtwissen in ihrem Kern bedroht. Einen Willen zu X kann ich nur haben, wenn ich etwas über X weiß. Wissen ist unabdingbare Voraussetzung für Willen.

Wenn ich als Mitglied einer archaischen Gesellschaft nicht wissen kann, dass es verschiedene Religionen, unterschiedliche Lebensentwürfe oder abweichende Moralvorstellungen gibt, dann ist Willensfreiheit (nämlich die Freiheit, etwas anderes zu wollen) in diesen Hinsichten sinnlos. Wenn ich als Bürger einer modernen Gesellschaft nicht weiß, wie komplexe Finanzprodukte konstruiert sind und wie sie funktionieren, dann ist Willensfreiheit mit Bezug auf komplexe Finanzprodukte sinnlos. Wenn Nichtwissen dominant wird und Willensfreiheit gegenüber allen denkbaren Aspekten einer hyperkomplexen Welt – seien dies Personen, Programme, Projekte, Probleme, Produkte, Politiken oder was immer – ins Leere läuft, dann kippt die Grundkonstruktion von Freiheit. Dann ist Ausgangspunkt der Analyse nicht mehr die dann zu optimistische Frage nach den Bedingungen der Möglichkeit von Freiheit, sondern die skeptischere und realistischere Frage nach den Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit. Im Prinzip ist in hyperkomplexen Konstellationen Willensfreiheit und mithin die unabdingbare Vorbedingung für Freiheit unmöglich. Der Raum der dann noch möglichen Freiheit wird dann bestimmt von plausiblen Behauptungen eines hinreichenden Wissens. Wenn komplexe dynamische Systeme prinzipiell intransparent bleiben, dann erscheint Freiheit nur möglich als Ausnahme von Konstellationen unwahrscheinlicher Freiheit.

Die zweite Bedrohung von Freiheit folgt aus Kontingenz. Die Aussage muss zunächst als paradox erscheinen, weil Kontingenz, verstanden als Möglichkeits- und Optionenraum (Luhmann 1984, S. 152-160), Voraussetzung für Wahlmöglichkeiten und damit für Entscheidungsfreiheit ist. Erst wenn ich mehr als eine Wahlmöglichkeit habe, ergibt Entscheidung überhaupt einen Sinn und ist Entscheidungsfreiheit tragende Komponente von Freiheit. Aber was passiert, wenn die Optionen ins Uferlose wachsen und Kontingenz für alles und jedes gilt, also nichts mehr feststeht? Schon Hamlet wurde von Kontingenz überwältigt und entscheidungsunfähig – von einer Kontingenz, die „nur“ auf dem Hin- und Herwenden von überschaubaren Optionen in einem unüberschaubaren mentalen System gründete. Was passiert, wenn auch noch die (äußere) Welt der psychischen und sozialen Systeme unbegrenzte Optionen bietet? Wenn alle zu Hamlet werden, ob sie wollen oder nicht, dann gehen mit dem Übermaß an Kontingenz die Unfähigkeit zu (gewollter) Entscheidung und damit die Unwahrscheinlichkeit von Freiheit einher. Auch hier deutet sich ein Kippunkt der Grundkonstruktion von Freiheit an: Ein Übermaß an Kontingenz macht aus Entscheidungsfreiheit entweder Entscheidungsunfähigkeit oder Entscheidungszwang und pervertiert damit eine Bedingung der Möglichkeit von Freiheit zur Bedingung der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit.

Wir können nicht wissen, ob unser Entscheiden wirklich frei oder wirklich determiniert ist. Wir können nur Konzeptionen entwerfen, die als Modelle des Entscheidens mehr oder weniger brauchbar sind. Unter diesen Bedingungen erscheint



es als plausibel, den extremen Auflösungen des Entscheidungs dilemmas wenig zuzutrauen: Weder Determinismus noch rein rationales Entscheiden erscheinen der komplexen und vielschichtigen Praxis des Entscheidens angemessen zu sein. Offenbar erfordert die Komplexität des Entscheidens eine adäquat komplex gebaute Entscheidungstheorie und, damit verbunden, eine adäquat komplexe Theorie der Freiheit.

Eine zweite Folge des Übermaßes an Kontingenz ist *Beliebigkeit* der dann getroffenen Entscheidung. Ist eine Entscheidung beliebig, dann ist sie weniger Ausdruck von Entscheidungsfreiheit als Ausdruck von Ratlosigkeit oder Überforderung. Je mehr nun intransparente Systeme aller Art Individuen als Wahlbürger, Konsumenten, Patienten, Mediennutzer, Datenproduzenten, etc. ratlos oder überfordert zurücklassen, desto weniger realistisch erscheint es zu sein, von Entscheidungsfreiheit zu reden. Die in der Organisationsforschung bekannte Kategorie der „Entscheidung unter Ungewissheit“ expandiert zur Entscheidung im Kontext pervasiven Nichtwissens (Willke 2009). Dies ist besonders brisant an der Schnittstelle von Freiheit und Demokratie, bei der Entscheidung an der Wahlurne. Wenn Wahlbürger die Mehrzahl der zur Debatte stehenden politischen Themen, Konflikte und Probleme nicht mehr verstehen, wenn sie die transnationalen und globalen Hintergründe und Abhängigkeiten der Themen und Kontroversen nicht durchschauen, wenn sie die involvierten Expertisefelder auch nicht mehr annähernd selbst beurteilen können, dann ergeben sich sowohl für Demokratie wie für Entscheidungsfreiheit dramatische Folgen: Bald die Hälfte der Wahlberechtigten verweigert sich gleich dem Wahlgang (Rückgang der Wahlbeteiligung etwa in der EU-Wahl 2014 auf 42,61 %) (www.europarl 2014), viele greifen zur Vereinfachung der Entscheidung auf die Trivialformeln der Radikalen und Populisten zurück, etwa wenn der Front National in den EU-Wahlen sich als stärkste Partei in Frankreich durchsetzen kann oder wenn in diesen Wahlen selbst im reichen und stabilen Dänemark die rechtspopulistische Dansk Folkeparti mit 26,6 Prozent stärkste Kraft wird (www.europarl 2014), und die politischen Parteien selbst reduzieren ihre Programme auf Personen und Parolen, um gegenüber einer unüberschaubaren Kontingenz wieder klar umrissene Entscheidungsmöglichkeiten zu bieten. Von Entscheidungsfreiheit im Sinne einer überlegten und rationalen Auswahl aus verstandenen Optionen bleibt dann nicht viel übrig.

Konzeptionell lässt sich diese Entwicklung darin spiegeln, dass auch in der Dimension der Entscheidungsfreiheit eine Umkehrung von Möglichkeiten zu Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit primär gesetzt wird. Ein Übermaß an Kontingenz in einer hochdifferenzierten vernetzten Welt macht zunächst einmal Freiheit im klassischen Sinne unwahrscheinlich. Der Freiheitsdiskurs versteckt diese Einsicht immer noch erfolgreich hinter Rhetorik und Wunschdenken. In

einem zweiten Schritt ist dann die Frage, welche Strategien dennoch einen Raum möglicher Freiheit absichern könnten. Operativ liegt auf der Hand, dass Entscheidungsfreiheit Entscheidungsfähigkeit voraussetzt, also für einen adäquaten Begriff von Freiheit mitbetrachtet werden muss, welche Mechanismen der *Kontingenzzkontrolle* tatsächlich verfügbar sind, ohne heroische Annahmen über das Subjekt und ohne Trivialannahmen über die Welt zugrunde zu legen.

Auch an dieser kritischen Stelle erweist sich, dass ein auf das Wollen, Entscheiden und Handeln des Individuums fokussierter Freiheitsbegriff nicht ausreicht. Er verweist hinsichtlich der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit nur auf äußere Zwangsbedingungen, nicht aber auf eine Überwältigung der Person durch gesellschaftlich produzierte Komplexität und Kontingenz. Diese beiden Faktoren lassen sich als Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit nicht einfach abstellen. Vielmehr geht es darum, sie als Voraussetzungen moderner demokratischer Gesellschaften zu akzeptieren und dennoch Formen ihrer Beherrschung zu konstruieren, die dann Räume möglicher Freiheit öffnen. Solche Konstruktionen sind schwierig und prekär, weil hinter der Bedrohung durch Komplexität und Kontingenz der gemeinsame Faktor des Nichtwissens steht, und mithin das Management von Nichtwissen zur entscheidenden Waffe wird, Subversionen der Unfreiheit in Gang zu bringen, um über den Umweg einer doppelten Negation verbliebene Räume von Freiheit auszuloten.

Die Expansion von Kontingenz beruht darauf, dass moderne Gesellschaften durch Differenzierung, Spezialisierung, Arbeitsteilung, Professionalisierung und Wissensbasierung aller Prozesse in einem Ausmaß Optionen erzeugen, welches Jeden, auch jeden Professionellen überfordert. Denn niemand kann Experte in allen Bereichen sein. Diese Gesellschaften haben sich und ihre Bürger damit in eine Grundkonstellation nicht aufhebbaren Nichtwissens hinein manövriert. Nichtwissen folgt aus dem Auseinanderdriften spezialisierter Praxisfeldern mit je spezifischem Hintergrundwissen und kontextspezifischen Praxeologien (Reckwitz 2003). Freiheit hängt nun davon ab, ob und wie es gelingt, innerhalb einer Konstellation unvermeidbaren Nichtwissens trotz parzellierter Beurteilungs- und Entscheidungsfähigkeit zu einem *modus vivendi* eines geteilten, verknüpften und damit hinreichenden Wissens zu kommen. Genau an diesem Punkt erweist sich, dass Freiheit nicht mehr insgesamt und kompakt möglich ist, sondern nur partiell und dezentriert (Willke 2016), nur innerhalb eines überschaubaren eigenen Praxisfeldes und eines eigenen Wissensbereichs, und nur im Rahmen eines weiten Umfeldes von Nichtwissen, welches aber für andere Praxeologien transparent ist. Während für die einzelne Person Nichtwissen dominant bleiben muss, gilt für den Zusammenhang der vielen dezentrierten Praxisfelder das Gegenteil: Gelingt ein Zusammenspiel und eine „Kreuzung sozialer Kreise“ (Simmel 1908,

S. 456-511) von Praxis, dann hellt sich das Ganze von Gesellschaft auf, so wie ein komplexer Konzern zwar für jede einzelne Person eine *black box* bleibt, aber aus dem Zusammenspiel der Personen ein hinreichendes Wissen über die Organisation insgesamt entstehen kann. Das Grundmodell dazu hat F. v. Hayek in seiner Theorie des Nichtwissens geliefert: „the knowledge of the circumstances of which we must make use never exists in concentrated or integrated form, but solely as the dispersed bits of incomplete and frequently contradictory knowledge which all the separate individuals possess“ (Hayek 1945, S. 519). Und: „If man is not to do more harm than good in his efforts to improve the social order, he will have to learn that in this, as in all other fields where essential complexity of an organized kind prevails, he cannot acquire the full knowledge which would make mastery of the events possible“ (Hayek 1974).

Aus diesen Überlegungen lässt sich ein wichtiger Hinweis auf die Konstruktion komplexer Freiheit ableiten: Freiheit ist nur noch möglich als Zusammenspiel vieler verteilter Freiheiten. Die einzelne Freiheit als Freiheit des Einzelnen erweist sich als fragmentiert und partiell (weil sie in viele Bereiche mangels Wissen nicht hineinreichen kann, und damit Wollen und damit Willensfreiheit ausschließt) und gleichzeitig darüber hinaus als Beitrag oder Baustein einer übergreifenden emergenten Freiheit, wenn es gelingt, einen kombinatorischen Gewinn aus dem Zusammenwirken der vielen partiellen Freiheiten zu generieren. Freiheit ist fragmentiert und konditionalisiert. Sie lässt sich nicht mehr auf Individuen begrenzen, sondern verteilt sich auf das Zusammenspiel von Individuen einerseits und sozialen Organisationsformen andererseits, die in der Lage sind, funktionale und epistemische Differenzierungen wieder zusammen zu führen. Auch für den klassischen Freiheitsbegriff gelten gesellschaftliche Bedingungen der Möglichkeit, vor allem die Überwindung der Despotien von Kirche und Absolutismus durch die Demokratie. Aber es geht um die Negierung von Zwang, indem etwas die Freiheit Behinderndes abgeschafft oder außer Kraft gesetzt wird. Bei fragmentierter und konditionalisierter Freiheit geht es dagegen darum, zusätzliche Leistungen/Kompetenzen der Gesellschaft zu schaffen, welche die fragmentierten individuellen Freiheitsräume zu einer systemisch ermöglichten Freiheit zusammenführen. Dieses Zusammenführen kann unterschiedliche Formen annehmen. Beispielhaft sollen hier Komplexitätsmanagement und Kontingenzkontrolle beleuchtet werden.

Wenn sich organisierte Komplexität gegenüber Freiheit vor allem als indirekte Manipulation durch anonyme Systemzwänge und als Intransparenz langer Handlungsketten und verschachtelter Kausalketten auswirkt, dann stellt dies den Zusammenhang von Freiheit und Wissen, genauer: von Einschränkungen der Freiheit durch Nichtwissen in den Vordergrund. Der „*pretence of knowledge*“ wird destruiert. Komplexitätsmanagement meint dann primär die Herausforderung, mit

unvermeidbarem Nichtwissen intelligent umzugehen. Dies ist kein neues Problem, wie die Kategorie des ‚Entscheidens unter Ungewissheit‘ belegt, die seit Herbert Simons Idee der „begrenzten Rationalität“ (Simon 1978, 1983) umfassend diskutiert und in der Managementtheorie als Normalität behandelt wird. Allerdings hat sich die Lage durch eine Proliferation hyperkomplexer Systeme verschärft. Individuelle Strategien des Umgangs mit Nichtwissen reichen nicht mehr aus, sie müssen durch organisationale und sozietale Strukturarrangements und Prozessarchitekturen ergänzt werden.

Der enge Zusammenhang zwischen Freiheit und Demokratie legt es nahe, mögliche Arrangements des Komplexitätsmanagements genau dort zu betrachten, wo Freiheit unmittelbar und gegenwärtig bedroht ist – nämlich als Konsequenz einer Bedrohung der Demokratie. Eine grundlegende Frage des Komplexitätsmanagements gegenwärtiger Demokratie ist: Wie kann es gelingen, die durch überbordende Komplexität erzeugte Intransparenz und das damit unvermeidbare Nichtwissen der Bürger über Themen, Probleme und Optionen so zu rekonfigurieren, dass die Inseln von Expertise im Meer des Nichtwissens sich zu einem emergenten Wissen verknüpfen, ganz so wie sich nach v. Hayek das nur sehr partielle Wissen der Einzelnen im Markt durch Vernetzung zu einem hinreichenden Wissen des Marktes über Angebot, Nachfrage und Preise verdichtet (Hayek 1945, S. 526).<sup>3</sup> Der Einzelne hat keine Chance, hinreichendes Wissen über das Gesamtsystem zu erwerben. Aber Jeder hat die Möglichkeit, in seinem Erfahrungsraum, Praxisfeld oder Expertisebereich das verfügbare Wissen zu überblicken und zu relevanten Optionen ein wissensbasiertes Urteil zu bilden und so fundiert Entscheidungen zu treffen. Wenn sich Andere – Nichtwissende – auf diese Urteile und Entscheidungen verlassen können, und diese Andere für ihre Bereiche dasselbe leisten, dann können sich Expertisefelder hinreichend überlappen und zu einem hinreichenden Gesamtwissen verknüpfen, obwohl jeder Einzelne nicht über dieses Gesamtwissen verfügt. Das hier treffende Argument von Mark Warren lautet, dass die auf Expertise basierende Autorität für Laien (also für die Mehrheit der Bürger) keineswegs eine Aufgabe ihrer Urteilsfähigkeit bedeutet, sondern nur eine „begrenzte Suspension zugunsten eines Vertrauens (wenn erforderlich), welches durch einen Kontext möglicher öffentlicher Kritik ermöglicht ist“ (Warren 1996, S. 56). Im Effekt ergibt sich eine Vernetzung „verteilter Intelligenz“ zu dem Wissen, das insgesamt für das Management hyperkomplexer Systeme erforderlich ist (Willke 2014, S. 97-120).

---

3 „The whole acts as one market, not because any of its members survey the whole field, but because their limited individual fields of vision sufficiently overlap so that through many intermediaries the relevant information is communicated to all.“

Konkret und aktuell ist die Entscheidungsfreiheit der Parlamente der demokratischen Gesellschaften massiv beeinträchtigt. Nicht nur, weil die meisten Vorlagen und Optionen nicht aus der Mitte der Parlamente sondern aus den Ministerien kommen, sondern weil die Parlamentarier in nahezu jeder Hinsicht von externer Expertise abhängig sind, die von einem ungeordneten Sammelsurium an Experten, Kommissionen, Beratungsfirmen, Lobbyisten, Think Tanks, Sachverständigenräten etc. irgendwie zur Verfügung gestellt werden – ohne Transparenz darüber, wer warum was vertritt. Die Entscheidungsfreiheit der Parlamente ist weitgehend fingiert, und je komplexer und globaler die Problemlagen sind, um die es geht, desto stärker prägt Nichtwissen den Prozess des Entscheidens.

Will man nicht bei der bloßen Fiktion demokratischer Freiheit bleiben, dann scheint es unausweichlich zu sein, für die Parlamente Bedingungen zu schaffen, die Komplexität und Überlastung reduzieren und die Entscheidungsprozesse darauf fokussieren, was mit einem realistisch verfügbaren Wissenshintergrund der Parlamentarier behandelt werden kann. Dies bedeutet zugleich, dass schwierige und verwickelte Entscheidungskomplexe durch Delegation an Fachinstitutionen ausgelagert werden sollten, allerdings demokratisch legitimiert durch explizite Beauftragung und Aufsicht durch die Parlamente. Modelle dafür gibt es längst, vor allem in der Form von Zentralbanken, Verfassungsgerichten oder Regulierungsinstitutionen, die das Parlament bei schwierigen Fachthemen entlasten und insbesondere langfristige Probleme aus der kurzfristigen Logik der Parteienpolitik herausnehmen. Die Bedrohung der Freiheit der Parlamente wird korrigiert durch ein Zusammenspiel der vielen verteilten Freiheiten von allgemeinem Parlament und spezialisierten Fachinstitutionen, die deshalb tatsächlich Entscheidungsfreiheit realisieren können, weil sie über das hinreichende Wissen verfügen (wohlgemerkt: nicht über Wahrheit oder „richtiges“ Wissen, sondern über das hinreichende Wissen).

Mit der Kategorie der Fristigkeit von Entscheidungen kommt mit *Zeitlichkeit* ein Bestimmungsfaktor von Freiheit ins Spiel, der bislang in der Theorie so gut wie keine Rolle spielt. Dies war auch verständlich, solange der gesellschaftliche Zeithorizont primär in die Vergangenheit gerichtet war und gesellschaftliche Veränderungen eher schrittweise und kontinuierlich vor sich gingen, so dass aus vergangenen Erfahrungen extrapoliert werden konnte, was in einer überschaubaren Zukunft zu erwarten wäre. Wenn nun Zukunft zum bestimmenden Zeithorizont wird und Veränderungen diskontinuierlich und disruptiv sind, dann prägt Nichtwissen das Schicksal von Entscheidungen, denn wir können nicht wissen, wie Entscheidungen sich in dynamischen und intransparenten Kontexten auswirken werden. Dies geht so weit, dass gerade politische Entscheidungen sich auf „Black-Swan-Ereignisse“ (Taleb 2007) einrichten müssten, was zugleich notwendig und unmöglich ist. Wenn als frei gedachte Entscheidungen (etwa von Parlamenten) zu katastrophalen

und destruktiven Ergebnissen führen, was sie es unter Bedingungen mangelnden Wissens oft tun, dann ist das Konzept von Freiheit mangelhaft. Es ist ein Mangel, dass die *Folgenlastigkeit* komplexer Dynamiken nicht berücksichtigt ist, und dass die zeitliche Dimension von Entscheidungen ausgeklammert bleibt. Erst ein Begriff komplexer Freiheit erlaubt es, über die zu einfache Triade von Willensfreiheit, Entscheidungsfreiheit und Handlungsfreiheit hinaus zu greifen, und mit Komplexität, Kontingenz und Zeitlichkeit weitere Dimension hinzuzufügen.

Als vermittelnde Konzeption für Entscheidungsfreiheit zwischen (unzureichendem) Durchwursteln und (unmöglicher) Clairvoyance über zukünftige Entwicklungen bietet sich die Idee der *Resilienz* an. Im Kern meint Resilienz eine Problemlösungskompetenz auch angesichts überraschender und unbekannter Krisen. Sie kann sich auf der Basis reflektierter Erfahrungen im Krisenmanagement und Problemlösen herausbilden, wenn der Bildungsprozess sich von bloßer Extrapolation aus vergangenen Erfahrungen löst und generische Coping-Kompetenzen einschließt (Cascio 2009; Hamel u. a. 2003; Mutti 2004; Walker u. a. 2004). Resilienz erweitert die notwendige Zeitlichkeit in eine weitgehend unbekannte Zukunft und verweist auf eine neue Qualität des *Lernens*, das nun zum Bestandteil der Zeitabhängigkeit von Entscheidungen wird. Wenn die Zeitstruktur von Entscheidungen weniger von der Vergangenheit und stärker von Zukunft geprägt ist, dann sollte sich auch das implizierte Lernen von der Vergangenheit in die Zukunft verlagern. Das ist durchaus anspruchsvoll, wenn man bedenkt, dass alles bisherige Lernen, einschließlich des großen Lernprozesses der Evolution, ein Lernen aus vergangenen Erfahrungen ist. Lernen aus der Zukunft erscheint zunächst paradox und unmöglich, aber genau das ist gefordert. Dabei kann helfen, dass mit Strategiefähigkeit und etablierten Strategieprozessen reichhaltige Erfahrungen unterschiedlichster Systeme mit projektierten und intendierten Zukünften vorliegen und diese Erfahrungen auch für demokratisch-politische Entscheidungsprozesse genutzt werden könnten.

Mit mangelnder Strategiefähigkeit ist eine kritische Schwäche der Demokratie als politische Steuerungsform benannt, die auch auf das Freiheitskonzept durchschlägt. Eine Konzeption von Freiheit, die statisch gedacht ist als eine nur situativ erforderliche Entscheidungsfreiheit, verkennet die eigentliche Herausforderung moderner Gesellschaften, die in einer Kombination von Entwicklungsdynamik und globaler Interdependenz liegt. Wenn Entscheidungen diesen Hintergrund nicht ausreichend berücksichtigen, weil sie ohne Hintergrundwissen und ohne Strategiekompetenz getroffen werden, dann verkümmern sie zu einer „Technologie der Torheit“, die James March für Organisationen als organisierte Anarchien beschrieben hat (March 1990, S. 282 ff.). Es mag zwar auch eine Entscheidungsfreiheit zu Torheit und Anarchie geben, aber im Kontext von Demokratie als gesellschaftlichem Steuerungsmodell,

welches Freiheit insgesamt erst zum Tragen bringt, wären dann die Kosten von Politikversagen und Unregierbarkeit gegenzurechnen – und wohl nicht akzeptabel.

---

## 4 Schlussbemerkung

Die konstitutive Verbindung zwischen Freiheit und Demokratie bildet hier die Grundlage für Überlegungen, die einen als individualistisch und statisch kritisierten Freiheitsbegriff zu einem Konzept komplexer Freiheit anreichern. Mit Komplexität, Kontingenz und Resilienz werden wichtige Bestimmungsfaktoren und Merkmale moderner (demokratischer) Gesellschaften herangezogen, um die neuen Bedingungen der Freiheit und letztlich das Umkippen der Bedingungen möglicher Freiheit in Bedingungen der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit zu begründen.

Damit wird zur Nullhypothese, dass in hyperkomplexen, global vernetzten Gesellschaften Freiheit prinzipiell unwahrscheinlich wird, weil Intransparenz und Nichtwissen zu ubiquitären Operationsbedingungen aller relevanten Systeme werden. Dies ist aber nicht das Ende der Freiheit, sondern der Ausgangspunkt für subversive Strategien, die zwar anerkennen müssen, dass kein Individuum mehr über ein übergreifendes Wissen verfügt, welches die Intransparenz der Systeme aufheben könnte, die aber aus der Kombination der vielen Komponenten verteilter Intelligenz eine emergente systemische Transparenz erzeugen können. Die eine große Freiheit zerfällt dann zwar – dies meint die Phrase von der Unwahrscheinlichkeit von Freiheit –, aber sie zerfällt in Myriaden von fragmentierten Freiheiten, die dann wieder Freiheit *writ large* ermöglichen, wenn sie in brauchbaren institutionellen Konstellationen mit der Zielrichtung Resilienz zusammengeführt werden.

Freiheit wird damit an die noch allgemeinere und grundlegendere Kategorie des Lernens angebunden. Komplexe Freiheit setzt komplexes Lernen voraus und komplexere Lernmodi ermöglichen komplexere Formen der Freiheit. Wenn der tiefste Sinn von Freiheit darin liegt, Lernen zu ermöglichen, gegen Dogmatismus, Fundamentalismus und Erstarrung, und die Intelligenz von Demokratie mit Lindblom darin zu sehen ist, dass sie kontinuierliches Lernen ermöglicht (Lindblom 1965), dann ist ein Freiheitskonzept angebracht, das sowohl das Lernen von Personen wie auch das Lernen von Organisationen und Gesellschaften als ebenso grundlegend wie selbstverständlich betrachtet, und die Möglichkeit von Freiheit an diese Formen gelingenden Lernens bindet.

## Literatur

- Badura, P. 1987. Die politische Freiheit in der Demokratie. In *Ein Richter, ein Bürger, ein Christ. Festschrift für Helmut Simon*, hrsg. Willy Brandt, Helmut Gollwitzer und Johann Friedrich Henschel, 193-207. Baden-Baden: Nomos.
- Cascio, J. 2009. The next big thing: resilience. *Foreign Policy*. Available at <http://foreignpolicy.com/2009/09/28/the-next-big-thing-resilience>. (May/June 2009).
- Elias, N. 1977. *Über den Prozess der Zivilisation*, 2 Bände. Frankfurt: Suhrkamp.
- Filiu, J.-P. 2015. *From Deep State to Islamic State: The Arab Counter-Revolution and its Jihadi Legacy*. Oxford: Oxford University Press.
- Habermas, J. 1985. *Die neue Unübersichtlichkeit*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Hamel, G. und L. Välikangas. 2003. The quest for resilience. *Harvard Business Review* (September 2003): 52-63.
- Hayek, F. A. 1945. The use of knowledge in society. *The American Economic Review* XXXV (September 1945): 519-530.
- Hayek, F. von. 1944 (2007). *The Road to Serfdom*. The Collected Works of F. A. Hayek. Edited with a Foreword and Introduction by Bruce Caldwell. Chicago: University of Chicago Press.
- Hayek, F. von. 1974. *The Pretence of Knowledge*. Nobel Laureate Lecture. [http://www.nobel-prize.org/nobel\\_prizes/economic-sciences/laureates/1974/hayek-lecture.html](http://www.nobel-prize.org/nobel_prizes/economic-sciences/laureates/1974/hayek-lecture.html).
- Höffe, O. 2015. *Kritik der Freiheit. Das Grundproblem der Moderne*. München: C.H. Beck.
- Johnson, S. und J. Kwak. 2011. *13 Bankers. The Wall Street takeover and the next financial meltdown*. New York: Vintage Books.
- Klessmann, J. u. a. 2012. *Open Government Data Deutschland. Eine Studie zu Open Government in Deutschland im Auftrag des Bundesministeriums des Innern*. Berlin.
- Langley, M. 2014. Hide Your Health: Addressing the New Privacy. Problem of Consumer Wearables. *The Georgetown Law Journal* 103 (6): 1641-1659.
- Lindblom, C. 1965. *The Intelligence of Democracy. Decision making through mutual adjustment*. New York: Free Press.
- Locke, J. 1690 (1961). *An Essay Concerning Human Understanding*. 2 Bde. Yolton, H.W. (Hg.). London: Dent.
- Luhmann, N. 1964. Lob der Routine. *Verwaltungsarchiv* 55: 1-33.
- MacCallum, G. 1967. Negative and Positive Freedom. *The Philosophical Review* 76 (3): 312-334.
- March, J. Hg. 1990. *Entscheidung und Organisation*. Zuerst erschienen 1988. Wiesbaden: Gabler.
- Warren, M. 1996. Deliberative Democracy and Authority. *American Political Science Review* 90 (1): 46-60.
- Mutti, A. 2004. The resilience of systemic trust. *Economic Sociology. European Electronic Newsletter* 6 (1 (October 20004): 13-19.
- Obama, B. 2009. Memorandum for the Heads of Executive Departments and Agencies – SUBJECT: Transparency and Open Government. In *General Services Administration: Transparency and Open Government*, Intergovernmental Solutions Division, GSA Office of Citizens Services and Communications, Washington DC.
- Offe, C. 2013. Europa in der Falle. *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 1: 67-80.
- Pettit, P. 2015. *Gerechte Freiheit – Ein moralischer Kompass für eine komplexe Welt*. Aus dem Amerikanischen von Karin Würdemann. Berlin: Suhrkamp.



- Reckwitz, A. 2003. Grundelemente einer Theorie sozialer Praktiken. Eine sozialtheoretische Perspektive. *Zeitschrift für Soziologie* 32 (4): 282–301.
- Scherer, A. G. und G. Palazzo. Hg. 2008. *Handbook of research on global corporate citizenship*. Cheltenham, UK: Edward Elgar.
- Scherer, A. G. und G. Palazzo. 2007. Toward a political conception of corporate responsibility: Business and society seen from a Habermasian perspective. *Academy of Management Review* 32 (4): 1096–1120.
- Simmel, G. 1908. *Soziologie: Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung*. 4. Auflage 1958. Berlin: Duncker & Humblot.
- Simmel, G. 1917. *Grundfragen der Soziologie (Individuum und Gesellschaft)*. Berlin/Leipzig: Duncker & Humblot.
- Simon, H. 1978. Die Architektur der Komplexität. In *Handlungssysteme*, hrsg. K. Türk, 94–112. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Simon, H. 1983. *Reason in Human Affairs*. Stanford: Stanford University Press.
- Taleb, N. 2007. *The Black Swan: The Impact of the Highly Improbable*. New York: Random House.
- Tsianos, V. und D. Parsanoglou. 2012. Metamorphosen des Politischen: Griechenland nach den Wahlen. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 35–37 vom 27.8. 2012: 8–15.
- Walker, B., C. S. Holling, S. Carpenter und A. Kinzig. 2004. Resilience, adaptability and transformability in social-ecological systems. *Ecology and Society online*. [www.ecologyandsociety.org/vol9/iss2/art5](http://www.ecologyandsociety.org/vol9/iss2/art5) 9 (2).
- Willke, H., E. Becker und C. Rostasy. 2013. *Systemic Risk. The Myth of Rational Finance*. Frankfurt und New York: Campus.
- Willke, H. 2001. *Atopia. Studien zur atopischen Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Willke, H. 2002. *Dystopia. Studien zur Krisis des Wissens moderner Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Willke, H. 2009. Zur Komplexität der Entscheidungstheorie. *Soziale Systeme* 15 (1): 61–71.
- [www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html](http://www.europarl.europa.eu/elections2014-results/de/election-results-2014.html). Letzter Zugriff am 7.1. 2016.
- [www.pewglobal.org/2015/09/24/corruption-pollution-inequality-are-top-concerns-in-china/](http://www.pewglobal.org/2015/09/24/corruption-pollution-inequality-are-top-concerns-in-china/). Letzter Zugriff am 7.1. 2016.

Komplexe Freiheit

Wie ist Demokratie möglich?

Lehmann, M.; Tyrell, M. (Hrsg.)

2017, X, 261 S. 1 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-14968-0